



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/129

Bonn, den 7. Juni 1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

|  |      |
|--|------|
| Landwirtschaftliche Soforthilfe            | S. 1 |
| Griechenland, Türkei und Nordatlantik-Pakt | S. 3 |
| Spiel mit Generalen                        | S. 5 |
| Schuman-Plan und Rheingold-Express         | S. 6 |
| Kartengrüße aus Rußland ...                | S. 6 |

## Schlechter Dienst am Bauern

(sp) Weite Kreise der Landwirtschaft haben in der letzten Zeit erkannt, wie sehr sie von ihrer berufsständischen Führung, die politisch ausnahmslos in den Reihen der Bonner Regierungsparteien sitzt, an der Nase herumgeführt werden. Anstatt wirksame Mittel zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und damit zur Sicherung der landwirtschaftlichen Rentabilität einzusetzen, werden Agrarprogramme am laufenden Band produziert, von denen die Landwirtschaft nichts anderes hat, als daß sie den Gegensatz zwischen Stadt und Land vertiefen. Gewissermaßen zum Trost für dieses Unvermögen hat kürzlich eine größere Anzahl von Mitgliedern der Regierungsparteien dem Bundestag einen Antrag unterbreitet, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, der Landwirtschaft die im Mai fällige Zahlung im Rahmen des Soforthilfegesetzes zu erlassen.

Mit diesem Antrag wird der Landwirtschaft von den Regierungsparteien ein schlechter Dienst erwiesen. Die Mittel, die im Rahmen des Soforthilfegesetzes aufgebracht werden, sind bekanntlich für ganz bestimmte Zwecke vorgesehen. Aus ihnen werden die Unterhaltsrenten gezahlt, die eine bescheidene Existenz denen ermöglichen, welche durch die Vertreibung mittellos geworden sind und wegen ihres Alters nicht mehr arbeiten können. Aus dem Aufkommen des Soforthilfegesetzes werden weiterhin Hilfen gewährt, die der Wiedereingliederung der Vertriebenen und anderer Kriegsgeschädigter dienen.

Jedermann weiß, daß alle diese Hilfen gegenüber der großen Not gerade nur das allernotwendigste darstellen. Jedermann weiß aber auch, daß selbst diese bescheidenen Maßnahmen nicht mehr durchgeführt werden können, wenn einem so großen Teil des erhalten gebliebenen Vermögens, wie es sich in der Landwirtschaft darstellt, die Zahlungen erlassen werden. Haben die Abgeordneten, die diesen Antrag stellten nicht daran gedacht, wie die Vertriebenen darauf reagieren müssen, daß sie mit dem Entzug der Hilfe bedroht wurden?

Leider muß man annehmen, daß diesem Vorgehen eine ganz bestimmte Absicht zugrunde lag - die gleiche Absicht, die für die letzte Getreidepreiserhöhung maßgebend war. Man will die Landwirtschaft im Bewußtsein anderer Bevölkerungsschichten diffamieren. Damals hat man die Getreidepreise und damit die Brotpreise erhöht, obwohl feststand, daß die Bauern kein Getreide mehr zu verkaufen hatten. Trotzdem mußte der Verbraucher in den Erzeugern die Ursache dafür sehen, daß ihm der Brotkorb höhergehängt wurde. Jetzt wollte man gegenüber den Vertriebenen den Bauern die Schuld dafür zuschieben, wenn die Unterhaltsrenten nicht mehr gezahlt werden konnten. Es läßt sich leicht vorstellen, wie störend sich ein solches Vorgehen auf den inneren Frieden auswirken muß, an dem die Bauern und die Vertriebenen in besonderem Maße interessiert sind.

Wie gewissenlos hier vorgegangen wird, kann gar nicht weit genug bekanntgemacht werden. Als nach der wortreichen Begründung dieses nicht zu verantwortenden Antrages der Bundesfinanzminister - der immerhin der gleichen Partei angehört wie die Mehrzahl der Antragsteller - in dürren Worten mitteilte, daß die Annahme dieses Antrages wegen der unmittelbar verbundenen Folgen für die Vertriebenen nicht in Frage kommen könnte, verzichteten die Antragsteller auf eine weitere Debatte. Nun können sie den Bauern erzählen, was sie alles für die Landwirtschaft tun. -

+ + +

Ägäische Verteidigungsbastionen

## Die Rolle der Türkei und Griechenlands

In den europäischen Besprechungen des obersten Stabschefs der USA-Streitkräfte, Omar Bradley, wird auch die hier angeschnittene Frage eine Rolle spielen.

M.B. Die durch den Nordatlantischen Pakt zusammengehaltene Staaten-Gruppe ist das Kernstück der Verteidigungsmaßnahmen gegen einen etwaigen Angriff der Sowjetunion und ihrer Vasallen. Im Norden sind damit Norwegen und Dänemark gedeckt, im Süden Italien und Algerien. Jugoslawien hofft, mit gedeckt zu werden. Die Zustände im östlichen Mittelmeer sind aber noch einigermaßen ungeklärt. Das kleine Albanien ist der vorgeschobene Posten Moskaus, der am Adriatischen Meer dem balkanischen Küstenstaat Jugoslawien Paroli bieten soll. Diese Plattform ist allerdings, gemessen an den beiden großen Uferstaaten Italien und Jugoslawien, unzureichend.

Das Schicksal des Adriatischen Meeres (und damit Italiens) hängt aber sehr davon ab, ob im Ernstfall das Ägäische Meer gehalten werden kann. Das bedeutet, daß die Stellung der Türkei und Griechenlands im Verteidigungssystem des Westens dringend geklärt werden muß. Es ist begreiflich, daß die beiden ägäischen Staaten sich in ihrer Haut nicht sehr wohl fühlen, solange sie fürchten müssen, die Westmächte würden im Fall eines sowjetischen oder bulgarischen Angriffs auf einen von ihnen oder beide versuchen, den Krieg zu lokalisieren. Derartige Besorgnisse haben die Regierungen Griechenlands und der Türkei bereits vor längerer Zeit veranlaßt, um Zulassung zum Nordatlantischen Pakt zu bitten. Diesem Wunsche ist bisher nicht entsprochen worden, obgleich die Türkei sich in Korea durch Entsendung einer Brigade sehr deutlich willens gezeigt hat, ihr Geschick ganz an den Westen zu binden. Vorläufig müssen sich die beiden Länder auf Versicherungen der Westmächte verlassen, daß die Unabhängigkeit der beiden ägäischen Mächte für die Sicherheit des Westens wesentlich sei.

Die Gründe, die einstweilen die Aufnahme in die Nordatlantik-

gruppe verhindern, sind verschiedener Natur. Ein nur formales Argument ist der Hinweis, das Mittelmeer sei nicht Teil des Nordatlantiks. Es erledigt sich schon dadurch, daß Italien und Algerien bereits in den Schutzbereich der Paktgruppe einbezogen sind. Dann ist man sich noch nicht einig, wer die Verteidigung des Mittelmeers leiten soll; schwierige und, wie die Londoner "Times" mit feiner Andeutung bestehender Schwierigkeiten sagt, "delikate" Verhandlungen sind deswegen zwischen Großbritannien, Frankreich und USA im Gange. Werden Griechenland und die Türkei jetzt aufgenommen, so muß man wahrscheinlich den ganzen Komplex von neuem aufrollen. Ein anderer Grund des Zauderns ist die Überlegung, daß es vielleicht verhängnisvoll sein könnte, durch Aufnahme der beiden Länder sie auf die selbe Basis wie die anderen zu stellen, so daß ihre Sicherheit offiziell als ebenso vital für die westliche Welt erklärt würde, wie die der anderen Partner, etwa Norwegens, Dänemarks, Hollands etc. Man würde sich dadurch von vornherein sehr belasten und der Gefahr eines allgemeinen Krieges näher rücken; denn es ist wahrscheinlich, daß ein Ausbruch von Feindseligkeiten im balkanisch-vorderasiatischen Gebiet viel eher droht als im skandinavisch-niederländischen.

Schließlich sagt man sich: Wenn die zwei Staaten dem Nordatlantischen Pakt angehören, haben sie ein Anrecht darauf, durch gewisse vorteilhafte, defensive Maßnahmen gesichert zu werden. An welchem Punkte aber würde man in Moskau solche Maßnahmen, die von Westen defensiv gedacht wären - z.B. Heeresverstärkungen, Truppenverlegungen in Grenzgebiete, Einrichtungen von Ausgangsbasen für Bomber - offensiv auslegen und damit einen Angriffskrieg begründen können? Es ist ein großer Unterschied, ob die zwei Länder ökonomische Hilfe vom Westen bekommen und ihre militärische Ausrüstung im Westen kaufen, oder ob sie so unlöslich mit dem Westen verbunden werden, daß jede ihrer militärischen Maßnahmen in Wirklichkeit eine Maßnahme des Mittelmeerkommandos des Westens ist oder zu sein scheint. Solange sie auf eigene Faust handeln, wenn sie sich auch auf den Westen stützen, ist es kein unmittelbarer Anlaß zum Krieg; werden sie zum Grenzposten der westlichen Welt gegen die Sowjetunion, so weiß man nicht, wie Moskau darauf reagieren wird.

Diese Überlegungen erscheinen vor dem Hintergrund der Realität

allerdings etwas akademisch. Denn man weiß zuletzt doch überall, daß ein Angriff auf Griechenland und die Türkei mit Notwendigkeit den allgemeinen Krieg herbeiführen wird. Auch die Bolschewiken geben sich sicherlich keinen Illusionen hin, sondern wissen, daß der Westen die beiden Länder nicht unverteidigt lassen kann - noch will.

+ + +

#### Spiel mit Generalen

- t - Adenauers kleinster Bonner Koalitionspartner, die Deutsche Partei der Herren Hellwege, Seebohm und Ehrlich, hat allen Ernstes vorgeschlagen, die Bundesregierung möge den ehemaligen Fallschirmjäger-General Bernhard Ramcke als "Kommissar für die Wiederbesiedlung Helgolands" verwenden. Ramcke solle so die Möglichkeit erhalten, sich für den neuen Staat ebenso einzusetzen, wie er sich früher bedenkenlos in den Dienst seines Volkes gestellt habe. Wenn die Bundesregierung sich nur bis zum Zeitpunkt seiner Entlassung um Ramcke bemühen würde, so sei dies nur eine halbe Sache.

Abgesehen von der Unverfrorenheit dieses letzten Satzes der parteiantlichen Formulierung hat die Deutsche Partei mit ihrem Vorschlag, dem der nackte Propagandazweck durch alle Knopflöcher schaut, weder sich, noch Herrn Ramcke und am allerwenigsten dem deutschen Volke einen Dienst erwiesen. Es soll hier grundsätzlich nichts dagegen gesagt werden, daß man den ehemaligen Offizieren alle nur einigermaßen möglichen Chancen gibt, ihren guten Willen zur Mitarbeit am Aufbau der jungen deutschen Demokratie unter Beweis zu stellen. Aber kein vernünftiger Mensch wird verstehen können, warum diese Mitarbeit-Chancen immer nur in "standesgemäßen" und den früheren Dienstgraden in etwa entsprechenden Spitzenpositionen gefunden werden sollen, die außerdem oft, wie hier im Falle Ramcke, ad hoc erfunden werden. Sobald die Tragödie um Helgoland - wie wir alle hoffen - recht bald - ihr Ende gefunden haben wird, werden die Bundesregierung und die Landesregierung von Schleswig-Holstein die bis dahin sorgfältig auszuarbeitenden Pläne zur Wiederbesiedlung Helgolands umgehend anlaufen lassen müssen. Es wird aber dann keineswegs notwendig sein, diese friedlichen Aufbau-

arbeiten dazu zu benutzen, einem früheren General zu einem neuen Glorienschein zu verhelfen.

Man sollte den verfrühten Hundstags-Einfall der Deutschen Partei nicht ernster nehmen, als er es verdient. Aber dieses Spiel mit den Namen bekannter früherer Generale hat durchsichtige Zwecke und es wird gefährlich, wenn es zum System erhoben werden sollte. Insbesondere die Helgoland-Frage verträgt es unter keinen Umständen, daß durch solche Effekt-Haschereien ihre Lösung erschwert wird.

+ + +

#### Schuman-Plan und Rheingold-Express

(sp) Bei einem Streitgespräch über den Schuman-Plan, das Professor Dr. Erik Nölting am letzten Sonntag über den Frankfurter Sender mit Herrn Finanzminister a.D. Dr. Hilpert von der CDU und dem FDP-Bundestagsabgeordneten Euler führte, meinte Herr Hilpert, daß Nölting bei seiner am Schuman-Plan geübten Kritik allzu hohe Anforderungen an dieses Projekt stelle. Man habe beim Eisenbahnbau auch nicht mit dem Rheingold-Express begonnen, und das Tempo der Züge sei damals wesentlich langsamer gewesen als heute. Mit seiner bekannten Schlagfertigkeit entgegnete Nölting, es komme nicht auf die luxuriöse Einrichtung des Zuges sondern auf die Richtung der Fahrt und die Weichenstellung an, und ihm sei nicht bekannt, daß die ersten Züge in falscher Richtung gefahren seien. Was aber das Tempo anlange, so könne ein schnelles Fahrtempo bei falscher Weichenstellung leicht zu Entgleisungen führen. Professor Nölting hatte wieder einmal die Lacher auf seiner Seite.

+ + +

#### Kartengrüße aus Russland ...

Aus Magdeburg wird uns geschrieben:  
Zahlreiche deutsche Kriegsgefangene, die noch bis 1948 aus russischen Gefangenenlagern an ihre Angehörigen schrieben und die dann in den folgenden Jahren nichts von sich hören ließen, haben jetzt erstmalig wieder im Mai 1951 einen Kartengruß nach Deutschland absenden dürfen. Sämtliche Post kommt aus dem Lager C C C P 74 76/6 und ist mit dem Kontrollstempel 761 versehen. Niemand hat eine Silbe über sein persönliches Schicksal schreiben dürfen, doch wandten sich fast alle mit der Bitte an ihre Angehörigen, Lebensmittelpakete abzusenden, die bis 6 kg zulässig sind. Unter den jetzigen Schreibern befinden sich auch Gefangene, die 1948 offiziell aus ihrem Lager in Rußland nach Deutschland entlassen wurden, hier aber nie eintrafen und dann auch fast drei Jahre keine Nachricht gaben.

+ + +

Verantwortlich: Peter Kaunau